Neujahrsempfang 2020 IV-Tirol

Rede des Präsidenten Dr. Christoph Swarovski

Begrüßung

In Vertretung der Tiroler Industriebetriebe, die sich in der IV als ihre Interessensvertretung zusammengeschlossen haben, darf ich Sie meine Damen und Herren) im Namen der Gastgeber des heutigen Abends, also unserer Mitglieder zum Neujahrsempfang 2020 der IV-Tirol willkommen heißen, weil Gastgeber des heutigen Abends bin ja nicht ich alleine, sondern sind unsere Mitglieder in ihrer Gesamtheit. Darunter auch einige neue Mitglieder, was uns immer besonders freut.

Bedeutung der Tiroler Industrie

Ich erlaube mir jede Gelegenheit wahrzunehmen, um auf die Bedeutung der Industrie für unser Land hinzuweisen:

- rd. 440 Industriebetriebe
- 42.000 Beschäftigte (ganzjährig!)
- rd. 11 Mrd.€ Umsatz (Produktionswert)

Mit einem Anteil von **22 Prozent** an der **Bruttowertschöpfung** Tirols ist die Industrie der bedeutendste, weil größte Wirtschaftssektor in unserem Land. Ich spreche das an, nicht um die Bedeutung der Industrie auf Kosten anderer Wirtschaftsbereiche zu erhöhen, sondern um zu vermitteln, **wie wichtig** unsere Industrie für das Wohl der Menschen in unserem Land ist.

Wir sind ein freiwilliger Zusammenschluss der Tiroler Industriebetriebe und werden als Interessensvertretung, von der Landespolitik insbesondere in wirtschaftsrelevante Themen eingebunden und dafür bedanke ich mich.

Rückblick und Ausblick

Es ist **bei Neujahrsansprachen üblich**, in die **Vergangenheit** zu schauen und den Blick in die **Zukunft** zu wagen.

Das letzte Jahr war weltwirtschaftspolitisch wieder ein sehr ereignisreiches. Eine Trennung zwischen Politik und Wirtschaft ist kaum mehr möglich. So gut wie jede politische Entscheidung hat gleichzeitig auch wirtschaftliche Relevanz und zeigt wirtschaftlich Auswirkungen und jede wirtschaftliche Entscheidung hat politische Relevanz. Wie zwei kommunizierende Gefäße, die nach wechselseitiger Ausgewogenheit trachten. Und darauf achten wir bei der IV.

Globale Entwicklung

Das globale Weltwirtschaftswachstum hat deutlich nachgelassen. Nach 3,8% im Jahr 2018 auf knapp 3,0% in 2019. Die Erwartung lag zu Beginn des letzten Jahres noch bei 3,6%! Das entspricht immerhin einem 20%igen Rückgang im Wachstum

gegenüber dem Vorjahr und ist der schlechteste Wert seit der Weltwirtschaftskrise vor zehn Jahren.

Der Abschwung in 2019 war breit und traf:

- die USA
- die Euro-Zone
- und auch China

Für China ist das besonders dramatisch, denn es wird davon ausgegangen, dass für die soziale Stabilität über 6% Wachstum erforderlich sind.

Für 2020 sind die Konjunkturaussichten derzeit noch uneinheitliche, aber die Schwächephase hält auch 2020 noch an. Die Wirtschaft scheint sich gegenwärtig aber etwas zu stabilisieren, ja sogar sich etwas zu erholen. So rechnet der IWF für 2020 wieder mit einem globalen Wachstum von 3,4% und damit wieder mit einem Ansteigen der Wirtschaftsleistung.

Die US-Wirtschaft soll von 2,4% in 2019 auf 2,1% in 2020 zurückgehen. Sie wird damit aber immer noch deutlich über jenem in Europa liegen, die von 1,2% in 2019 auf 1,4% in 2020 wachsen soll.

Die Zinsen dürften länger auf tiefem Niveau bleiben als viele angenommen haben. Wir haben letztes Jahr bereits mit einem moderaten Anstieg gerechnet; vielleicht kommt er ja heuer, wo wir nicht mehr damit rechnen!

China kam wegen der US-Zollsanktionen aber auch der Neuausrichtung der Wirtschaft unter Druck. Der Handelsstreit USA-China der seit 1,5 Jahren geführt wird, beruhigt sich nun durch ein partielles Handelsabkommen (Phase One) das am 15. Jänner unterzeichnet werden soll und verhindert die Erhöhung der Strafzölle von 25% auf 30% vorerst einmal. Dieser **Handelsstreit** hat aber die gesamte globale Konjunktur belastet und - wie bereits gesagt - im Vorjahr zum schlechtesten Wert seit der Weltwirtschaftskrise vor zehn Jahren geführt.

Die Unsicherheit wurde weiter befeuert durch Ereignisse wie:

- Brexit,
- CO2-Debatte,
- Unruhen und umfassende Streiks in Frankreich,
- Unruhen in Südamerika (Chile, Hyperinflation in Argentinien) und
- anhaltende Proteste und gewaltsame Auseinandersetzungen in Hongkong.

US-Sanktionen

Die von der westlichen Welt hingenommene "Weltautorität USA" verhängt mit einem nicht geringen Grad an Willkür Sanktionen gegen eine Reihe von Ländern und auch Unternehmen - jüngst auch gegen europäische Unternehmen, die sich bei der Errichtung der russisch-europäischen Gasversorgungspipeline Nord Stream 2 engagieren.

Und auch die Sanktionen gegen Russland sind wesentlich von den USA gestützt. Hier hat die EU immer noch keine Annäherung geschafft. Die Exporte aus der EU nach Russland

- bleiben 40% unter dem Vorsanktionsniveau,
- kosten uns 400.000 Arbeitsplätze und
- rd. 18 Mrd. Euro Wirtschaftsleistung.

Hier bleibe ich dabei: Die Sanktionen schaden wirtschaftlich beiden Seiten und bewirken politisch bestenfalls wenig.

Aber wie wir wissen, wird auch der Iran sanktioniert. Beachtlich dabei: seit Beginn der Sanktionen haben sich die US-Exporte in den Iran verdreifacht. Die USA exportieren in den Iran so viel, wie seit 10 Jahren nicht mehr und das während sich europäische Unternehmen unter Kontrolle der US- Behörden akribisch genau an die Sanktionsbestimmungen halten müssen.

Unsere Schwäche, Europas Schwäche, offenbart sich darin, dass wir das Diktat anderer Länder (hier die USA) akzeptieren und einseitige Schlechterstellung einfach hinnehmen.

In einem hat der US- Präsident Donald Trump mit seinem "America First" allerdings recht - und das spreche ich bereits seit einigen Jahren an: Im Verhältnis zu Staaten wie China muss fairer Wettbewerb im Vordergrund stehen. Solange ein solcher nicht existiert und solange zu Lasten von Menschen und Umwelt, auch durch staatliche Intervention der Profit der eigenen Wirtschaft im Vordergrund steht, braucht es ausgleichende wirtschaftspolitische Maßnahmen (=Zölle). Das, mit dem Ziel, auch in solchen Ländern vergleichbare Regeln und vergleichbare Standards wie bei uns zu etablieren.

Europas Herausforderung

Aber dafür braucht es ein starkes und geeintes Europa und eine auf die eigenen Interessen gerichtete, gemeinsame Linie etwa gegenüber den USA oder asiatischen Großstaaten wie China. Auch wir Europäer müssen unsere Politik strikter auf die eigenen Interessen ausrichten. Das, weil es alle anderen um uns herum auch tun. Den Fokus auf die eigenen Interessen zu richten, ist übrigens ein tragender Grundsatz des Gesellschaftsrechts. Nur wer die eigenen Interessen vertritt, kann in einer Verhandlung unter Gleichgestellten einen guten Kompromiss erlangen. Diesen Satz meine Damen und Herren hören Sie heute zum vierten mal in einer Neujahrsansprache von mir!

Europa beschäftigt sich stattdessen mit sich selbst, mit selbst geschaffenen Problemen. Es bleibt zu hoffen, dass der BREXIT keine Nachahmer in Frankreich oder anderen EU Mitgliedstaaten findet.

Auslöser für den BREXIT war die große Kluft zwischen urbanem und ländlichem Raum.

Deshalb muss auch unsere Politik auf Bundes- und auf Landesebene die **ländlichen Regionen stärken und** dort die **Zukunftschancen sichern** (Schulen, Infrastruktur, Wirtschaft...). Dafür ist und war die Industrie seit jeher ein starker, verlässlicher Partner! Unsere Betriebe sorgen besonders **am Land für Arbeitsplätze und Wohlstand!**

Die Politik muss die Rahmenbedingungen für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit sichern. Das heißt: Keine zusätzlichen **Belastungen auf den Faktor Arbeit und die Produktion**.

Entwicklung in Österreich

Österreich war nicht (oder noch nicht) so stark von einer Eintrübung der Konjunktur betroffen, wie Deutschland. Die ersten Auswirkungen zeigten sich in der zweiten Jahreshälfte mit spürbaren Rückgängen in den Auftragseingängen.

Insbesondere die Automobilindustrie hat - ausgelöst durch die bereits im Jahr 2018 gestartete CO2-Debatte - mit massiven negativen Auswirkungen zu kämpfen. Aber nicht nur die Automobilindustrie selbst, auch vor- und nachgelagerte Branchen sind bereits massiv betroffen und die Folgen werden uns in 2020 weiter belasten.

Die österreichische Industrie war immer schon Vorreiter der ökosozialen Marktwirtschaft. Und da mutet es fast ironisch an, wenn nun der Eindruck vermittelt wird, es wäre eine Erfindung des Koalitionspartners. Unternehmen in anderen Ländern haben nicht mal ansatzweise unsere hohen Umwelt- und Sozialstandards!

Als IV werden wir darauf achten, dass bei der Diskussion über ein ökosoziales Steuersystem dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung getragen wird, weil wir seit Generationen unseren Mitarbeitern und deren Familien verpflichtet sind, und weil wir die Arbeitsplätze hier in unserer Heimat halten wollen.

Hier fragt man sich, ob die hierzulande gesetzten Maßnahmen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht werden bzw. dem Anspruch von Effektivität erfüllen. Der Luft-100er beispielsweise rückt in ein anderes Licht, wenn man bedenkt, dass in der Silvesternacht durch die Feuerwerkskörper gleich viel Feinstaub verursacht wird, wie im Straßenverkehr über das ganze Jahr hinweg in ganz Österreich! Man wundert sich, warum man im Straßenverkehr jedes Promille Reduktion feiert, wenn man gleichzeitig ein Vielfaches der Feinstaubreduktion in nur einer Silvesternacht erreichen könnte, etwa durch ein wie in einigen Städten generelles Feuerwerksverbot.

Auch weitere Maßnahmen zur Besteuerung von CO2 - wie im Regierungsprogramm angekündigt - sehen wir kritisch, denn man trifft damit insbesondere "alte, etablierte" Industrien und darüber hinaus ausschließlich die eigenen Unternehmen hier in Österreich.

Die Skepsis zu solchen Ideen wächst, wenn man berücksichtigt, dass wir bei der E-Mobilität weltweit gemeinsam mit der Schweiz die klare Nr.1 (Bahn, E-Bus, U-Bahn, Bim, E-Pkw) sind und global betrachtet gerade einmal 0,1% der globalen CO2 und Treibhausgasemissionen verursachen.

Es darf jedenfalls nicht passieren, dass die klimaschonende Produktion in Österreich ins weniger klimaschonende Ausland verlegt wird. Das nützt der Umwelt nicht und schadet unserer Wirtschaft und den Arbeitsplätzen hierzulande.

Da wäre es doch sinnvoller, zuerst dort mit Maßnahmen zu beginnen, wo der positive Effekt am größten und der Kollateralschaden am geringsten wäre.

Das ist übrigens eine, von der IV-Tirol schon häufig gestellte, Forderung.

Ich möchte keine "entweder oder" Diskussion provozieren, aber ich möchte sehr wohl, dass die Frage nach einer sinnvollen Reihenfolge diskutiert wird und die Frage nach den Auswirkungen

- auf die Wirtschaft,
- auf die Industrie und
- auf unsere Arbeitsplätze

gestellt und beantwortet wird.

Blick in die Zukunft

Als Exportland sind wir immer stark von Entwicklungen außerhalb Österreichs betroffen und werden auch 2020 von globalen Ereignissen stark beeinflusst. Wir scheinen uns daran gewöhnt zu haben, dass es immer neue Herde der Unsicherheit gibt. Solche wirken sich nicht mehr so negativ wie in der Vergangenheit aus. Ich denke, wir können vorsichtig optimistisch ins Jahr 2020 blicken.

Wir haben heute die Angelobung der neuen Bundesregierung in Österreich erlebt. Ich erspare uns allen eine neuerliche Kommentierung der politischen Ereignisse des letzten Jahres. Das können wir nicht mehr hören.

Aus Sicht fast aller Parteien waren die Geschehnisse rund um den Bruch der Regierung **keine sehr rühmliche Aktion** und sie haben dem Ansehen Österreich nicht genutzt. Kaum einer Partei ist es gelungen, ein positives u. souveränes Außenbild zu vermitteln.

Die Arbeit der letzten gewählten Bundesregierung haben viele Vertreter der Wirtschaft gutgeheißen, weitgehend als konstruktiv wahrgenommen und die positiven Impulse und Pläne befürwortet.

Zu hoffen ist auch, dass der Stil des nicht provokanten, des streitfreien, konsensualen Miteinander, das Legen der Schwerpunkte und das Arbeiten in und an der Sache auch in der Koalition mit den Grünen fortgesetzt werden kann.

Das Regierungsprogramm lässt inhaltlich eine Fortsetzung dieses Kurses realistisch erscheinen und es bleibt dieser Regierung offengesagt auch nichts anderes übrig, als im Interesse Österreichs am Reformkurs festzuhalten.

Unabhängig von den Ereignissen der Vergangenheit hoffen wir alle sehr,

dass sich diese Bundesregierung durch **Stabilität** auszeichnet und eine volle Legislaturperiode im Amt bleibt. Diesbezüglich könnte man sich bei unserem Tiroler Landeshauptmann eine Scheibe abschneiden!

Zu den Inhalten des Regierungsprogramms:

Es wird vertreten, dass im Regierungsprogramm das "beste aus beiden Welten" vereint ist und beide Parteien ihre zentralen Wahlversprechen eingehalten haben.

Aus dem Regierungsprogramm erlaube ich mir, ein paar für die Wirtschaft wesentliche Elemente hervorzuheben:

Positiv:

- Senkung der Körperschaftsteuer auch wenn sich die Tiroler Industrie immer für eine Entlastung unabhängig von Unternehmensgröße und Gesellschaftsform ausgesprochen hat.
- Senkung der Einkommenssteuer- Senkung der Progressionsstufen
- Erweiterung der EU Unterstützung der Staaten des Westbalkans auf dem Weg in die EU
- Schutz der EU-Außengrenzen und Unterstützung der Länder mit Außengrenzen, um ein Europa ohne Grenzen nach innen sicherzustellen
- **Einführung einer Bildungspflicht** statt einer zeitlich definierten Schulpflicht (Grundfähigkeiten im Lesen, Rechnen, Schreiben zwingend vermitteln) damit eine Chance am Arbeitsmarkt existiert
- Klimaschutzzölle zum Schutz der eigenen Wettbewerbsfähigkeit
- Hundertprozentige Ökostromversorgung bis 2030 –

Kritisch:

- Förderung des Unternehmertums hier fehlen konkrete Maßnahmen; denn dieses Ziel wurde schon häufig, allerdings immer sehr diffus, erklärt und es waren bislang nur Lippenbekenntnisse
- ökosoziale Steuerreform abhängig von seiner Ausgestaltung
- Frauenquote (40% in Aufsichtsräten) weil die Industrie grundsätzlich nichts von zu vielen Zwängen und zu viel staatlicher Intervention in Wirtschaftsfragen hält
- die Abschaffung des Amtsgeheimnisses sehe ich kritisch hängt aber von der Ausgestaltung ab

Das **Regierungsprogramm beinhaltet zahlreiche Punkte**, denen, vorbehaltlich der weiteren inhaltlichen Ausgestaltung und ihrer zeitlichen Umsetzung, aus wirtschaftlicher Sicht vorerst schon einmal ein umfassend positives Attest ausgestellt werden kann.

Offene Themen für 2020

Auch wenn das Regierungsprogramm viele von uns immer wieder vorgeschlagenen Punkte noch nicht vorsieht, so könnte man aber unter dem Sammelbegriff der "ökosozialen Steuerreform" (für die ja ein Arbeitskreis eingesetzt werden soll) folgende von uns mehrfach vorgeschlagenen Elemente berücksichtigen und diskutieren:

Eine steuerbegünstigte, freiwilligen Abfertigung - Senkung von Fluktuation und damit zur Sicherung von Wissen, Knowhow und damit hoher Wirtschaftlichkeits- und Produktivitätsniveaus wieder einzuführen. Die Kosten hoher Fluktuation und Wissensverlust werden häufig unterschätzt.

Ein an die Zahl der Arbeitsplätze gebundener Steuersatz als Anreiz Lohnabgaben besser in Österreich als im Ausland abzuführen.

Und für die Förderung des Unternehmertums einen Steuersatz aufs Einkommen abhängig vom übernommenen Risiko, das auch zum Wohl der Gemeinschaft gereicht, vorsehen – im Steuerrecht sollte der Wert des Unternehmertums für die Gesellschaft Berücksichtigung finden.

Unternehmertum im Bereich Bildung zu fördern ist ein Anfang. Hier darf es aber nicht enden. Es nutzt wenig, wenn wir zwar **Unternehmer ausbilden**, diese ihre **unternehmerische Energie aber** wegen überbordender Bürokratie und hoher Steuerlast **in einem anderen Land entfalten**. Hier hat Österreich dringenden Handlungs- und Aufholbedarf.

Dank an das Land Tirol

An diesem Punkt meiner Ansprache möchte ich mich bei der gesamten Landesregierung mit dem LH an der Spitze für das positive Zusammenwirken mit uns bedanken. Hervorheben möchte ich:

- Die weitergeführte gemeinsame Umsetzung der Digitalisierungsoffensive
- Den "Welcome Service"
- Die Initiativen rund um das Thema "internationale Bildungsanagebote"

Besonders hervorheben möchte ich aber auch das von Arthur Thöni mitinitiierte Projekt "Masterplan Wasserstoff Tirol", für eine zukunftsweisende Mobilitätstechnologie mit dem Energieträger Wasserstoff. Soweit erforderlich, wird die Tiroler Industrie auch dieses Projekt nach Kräften unterstützen.

Dauerthemen auf Landesebene bleiben

- Der Transit (ohne die eigene Wirtschaft über Gebühr zu belasten)
- Die Raumordnung (leistbares Wohnen und dessen Umsetzung unter Achtung von Eigentum) und
- Wasserkraft (deren Ausbau vielen in Bevölkerung viel zu langsam umgesetzt wird)

Wir werden uns auch künftig erlauben, uns inhaltlich einzubringen und mit weiteren Anliegen auf Sie zuzukommen.

Zuversicht und Zufriedenheit

Die Auftragsbestände in vielen unserer Unternehmen sind allgemein hoch. Auch wenn der Auftragseingang im letzten Halbjahr teils massiv nachgelassen hat, so gibt es dennoch ausreichend Wachstumspotenzial.

2020 ist ein historisches Jahr, weil eine neue Dekade beginnt.

Seit der Wirtschaftskrise war es immer unruhig und Krisen sind wir gewohnt. Immer wenn man die Vergangenheit bewertet, neigt man dazu die Probleme nicht mehr zu sehen. Wir Unternehmer sind gewohnt, mit Veränderung umzugehen. Wir haben Probleme in Vergangenheit gelöst und wir werden Probleme auch in Zukunft lösen.

Auch in Zukunft werden wir Veränderungen gemeinsam und erfolgreich bewältigen.

Ich sehe: Viele positive unternehmerische Initiativen, viele jungen Menschen die dynamisch nach vorne blicken, junge Unternehmer und solche die es werde wollen und schließlich zahlreiche Mitglieder der jungen Industrie. Da ist mir nicht bange! Da haben wir allen Grund zu Optimismus!

Ein Gutes Jahr 2020 und eine gute, erfolgreich neue Dekade!